



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

19.11.02

Hartz-Konzept und Konsequenzen für Dortmund

Presseerklärung

Die Umsetzung des sogenannten Hartz-Konzeptes durch die entsprechenden gesetzlichen Regelungen verlangt eine intensive Auseinandersetzung mit den Konsequenzen, die sich für Dortmund als eine Kommune mit besonderer Arbeitsmarktproblematik ergeben.

Die Vorschläge der Hartz-Kommission beinhalten den Versuch, die Diskrepanz zwischen gesuchten und angebotenen Qualifikationen am Arbeitsmarkt zu verringern und die entsprechenden Rahmenbedingungen zu vereinfachen. Aus unserer Sicht ist der Versuch, neue Instrumente zum Abbau von Arbeitslosigkeit einzusetzen, grundsätzlich zu begrüßen.

Allerdings ist unübersehbar, dass die fiskalischen Überlegungen zur Entlastung der öffentlichen Kassen auch Massnahmevorschläge zur Folge haben, die zu Recht kritisiert werden. In diesem Zusammenhang sind die ein weiteres Mal verschärften Zumutbarkeitsregelungen für Arbeitslose, sowie die Entgeltversicherung für ältere ArbeitnehmerInnen zu nennen. Hier wollen die Dortmunder Grünen diese Kritik in die Bundestagsfraktion transportieren um entsprechende Auseinandersetzungen zu fördern.

Wir sind dennoch überzeugt, dass das Hartz-Konzept sinnvolle Instrumente beinhaltet, die Bewegung in den Arbeitsmarkt bringen – positiv ist aus unserer Sicht zu bewerten, dass es langfristig zur „Hilfe aus einer Hand“ (Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe) kommen wird, die einerseits das demütigenden Aufsuchen mehrerer beteiligter Behörden für betroffene Arbeitslos und Sozialhilfeempfänger beendet, andererseits in Verbindung mit dem Ausbau von Job-Centern eine effektivere Vermittlung und Arbeitsförderung zu erwarten ist. Die Regelungen zu den Personal-Service-Agenturen sind aus unserer Sicht ebenfalls ein positiver Ansatz um Beschäftigungspotenziale zu erschliessen. Zeitarbeit ist insbesondere zur Unterstützung des Personalmanagements von kleinen und mittleren Betrieben und zur Reduzierung der Risiken solcher

Unternehmen ein sinnvoller Weg, zumal das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in die entsprechenden Regelungen aufgenommen wurden.



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Die Vorschläge zur Förderung der kleinen Selbständigkeit entsprechen in Teilen unseren Bemühungen, z.B. im Bereich der Beschäftigung in privaten Haushalten über Dienstleistungspool, die seinerzeit von der SPD abgelehnt wurden, die Schwarzarbeitsverhältnisse abzubauen und die Arbeitsverhältnisse abzusichern. Voraussetzung hierfür ist eine ausreichende steuerliche Abzugsfähigkeit.

Von der Umsetzung des Hartz-Konzeptes werden kommunal nicht nur verbesserte Bedingungen für die Vermittlung von Arbeitslosen erwartet, sondern auch ein enormer Beitrag (47,4 Mio € bis 2007) zur finanziellen Entlastung der Kommune und damit zur Haushaltskonsolidierung. Mit anderen Worten: Ohne die Hartzeffekte gibt es kein Haushaltssicherungskonzept, das einen ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2007 garantiert.

Dazu ist aus unserer Sicht festzustellen, dass es momentan völlig unmöglich ist, die Entlastungseffekte genau zu beziffern. Klar ist aber in jedem Fall, dass es angesichts dieser Unwägbarkeiten haushaltspolitisch nicht sinnvoll ist, einen Doppelhaushalt zu verabschieden. Es ist zu erwarten, dass im nächsten Haushaltsjahr wesentlich mehr Klarheit in Bezug auf die fiskalischen Auswirkungen der Umsetzung des Hartz-Konzeptes eintreten wird.

Eine reale und wünschenswerte Entlastung ist sicher, dass die Finanzierung von Beschäftigungsförderung und Qualifizierung nicht mehr von der Kommune getragen werden soll. Das hat unter anderem zur Folge, dass kommunale Beschäftigungsgesellschaften wie DODI berechtigt auf dem Prüfstand stehen. Die Auswirkungen und Chancen für die freien Träger für Beschäftigung und Qualifizierung müssen vor dem Hintergrund der Neuordnung der genannten Rahmenbedingungen ausgelotet werden.